

Fraktion die GRÜNEN Heidenrod

Thomas Giebel
65321 Heidenrod Wisper

2. November 2020

An den Vorsitzenden der
Gemeindevertretung Heidenrod
Herr Rainer Holzhausen
Hunsrückstraße 20
65321 Heidenrod

Sehr geehrter Herr Holzhausen,

für die Fraktion der Grünen Heidenrod bitte ich Sie, den folgenden Antrag auf die Tagesordnung der nächsten Gemeindevertretung zu setzen:

Die Gemeindevertretung möge beschließen:

Wir erklären uns als Gemeinde bereit, im Rahmen unserer Möglichkeiten, Flüchtlinge und Migranten aus den griechischen und italienischen Flüchtlingslagern aufzunehmen.

Wir fordern die Bundesregierung auf, ihre Verweigerungshaltung bezüglich der Aufnahme dieser Flüchtlinge aufzugeben. Lassen Sie uns diesen Menschen die Würde zurückgeben, die ihnen anderswo genommen wurde.

Begründung

Wir in Deutschland kennen die Not von Flüchtlingen aus eigener Erfahrung. Nach dem 2. Weltkrieg war Deutschland gezwungen und in der Lage, etliche Millionen Flüchtlinge und Vertriebene aufzunehmen und zu integrieren. Damals waren die Menschen bitterarm.

Heute sind wir in Deutschland vergleichsweise reich, in Deutschland gibt es große Ressourcen zur Aufnahme von Geflüchteten und Migranten. Wir haben die wirtschaftliche Kraft und menschliche Verantwortung zu helfen.

Der Winter steht vor der Türe. Wir hätten Platz, zugleich sitzen zehntausende Schutzsuchende unter unwürdigen Bedingungen in den südeuropäischen Erstaufnahmestaaten fest.

Die vorhandenen Lager, vor allem auf den griechischen Inseln aber auch auf Malta und in Spanien sind eine Schande für die EU, ebenso die finanziellen Deals mit der Türkei und Libyen zur Abweisung von Flüchtlingen und Migranten. Sie sind inhuman, gegen die Regeln der UN-Flüchtlingskonventionen und

Ausdruck davon, dass die EU sich abschottet und Kriege, Unrechtsregime und wirtschaftliche Not in der Welt ignoriert oder sogar mit verursacht.

Deutschland kann und muss seine humanitären Aufnahmekapazitäten nutzen, um Länder wie Griechenland oder Italien wirksam zu entlasten. Deshalb bekräftigen wir die Bereitschaft, einen humanitären Beitrag zu einer menschenwürdigen Unterbringung der Schutzsuchenden in Europa zu leisten.

Flucht ist kein Verbrechen.

Die Mitgliedsstaaten der Europäischen Union tragen die Verantwortung dafür, Mindestschutzstandards in allen Lagern für Geflüchtete auf europäischem Boden zu gewährleisten.

Deshalb wollen wir, dass sich die Bundesregierung innerhalb der EU einsetzt für den rechtsstaatlichen Umgang mit den Flüchtlingen unter Achtung der Würde der Geflüchteten.